

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 4

Artikel: Abschied vom Proletariat
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tion, wo fast jedes in einem anderen Betrieb arbeitet, ist notgedrungen abstrakt und problemfern. Ganz anders, wenn Angehörige eines oder einiger Betriebe zusammensitzen und ganz konkret anhand der Betriebe mögliche Schritte zum Beispiel in Rich-

tung Selbstverwaltung diskutieren. Das vermehrte Engagement in der Betriebspolitik hätte in enger Fühlungnahme mit den Gewerkschaften zu erfolgen. Entstehende Konflikte müssten frühzeitig und offen ausgetragen werden und Rege-

lungen gesucht werden, die die Kraft sowohl der SP wie der Gewerkschaften stärken würden. Für die Einübung von solidarischer Zusammenarbeit an Stelle lärmender Konkurrenz böte sich hier ein gutes Übungsfeld.

Beat Kappeler

Abschied vom Proletariat

André Gorz hat ein Buch vorgelegt, das in die Debatten über die Zukunftsaussichten der hochentwickelten Gesellschaften eingreift: «*Abschied vom Proletariat, Jenseits des Sozialismus*». Er versucht die strategische Orientierung der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus einerseits und die ökologischen Gegenwartsprobleme anderseits unter einen Hut zu bringen. SGB-Sekretär Beat Kappeler stellt die Gedankengänge von Gorz dem Programmentwurf der SPS gegenüber.

Der grosse alte Mann der französischen sozialistischen Theorie und Strategie, André Gorz, hat sich zwar nicht zum Selbstverwaltungsentwurf der SPS geäussert, aber er hat ein aufsehenerregendes Werk veröffentlicht, worin er seiner ehemaligen «Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus» (1964) eine markante Neuausrichtung gibt. Diese bringt derart wichtige Aussagen zur Machtfrage, zum neuen Gesicht des Kapitalismus, zu den Zielen der Linken, dass deren Diskussion in die laufende Programmrevision der SPS eingebbracht werden muss. Sein neues Werk, «*Abschied vom Proletariat*»*, geht scharf ins Gericht: «Marx hat sich getäuscht, und mit ihm täuschten sich alle, wie ich auch, die annahmen, die Vervoll-

kommnung und Automatisierung der Produktionstechniken würden unqualifizierte Arbeit beseitigen und brächten nur noch relativ hochqualifizierte Arbeiter hervor mit einem globalen Überblick über den technisch-wirtschaftlichen Prozess und mit der Fähigkeit, die Produktion selbst zu verwalten.»

Proletariat nicht mehr «Subjekt der Macht»

Das Gegenteil sei eingetreten mit der wachsenden Dequalifizierung und Banalisierung der rationalisierten Arbeit, mit der Verkettung des Arbeitenden in komplexen Produktionsabläufen. Die Ohnmacht des einzelnen wie des organisierten Arbeiters sei gewachsen; die Einheit des Proletariats, die Arbeit als grundlegende Gewalt seien aus dem Bewusstsein des Arbeitenden herausgefallen. Der allenfalls auch qualifizierte Beschäftigte erlebe den früher politisie-

renden Widerspruch zwischen seinen Fähigkeiten zum Überblick und zur Selbststeuerung einerseits und der an arbeits- und betriebsfremden Profitinteressen ausgerichteten Betriebsleitung andererseits nicht mehr. Die hochtechnisierten Produktionseinheiten seien nicht mehr autonome Endproduzenten, sondern stünden unter den als objektiv erlebten Zwängen der verketteten modernen Unternehmung und der internationalen Wirtschaft. Der nunmehr sogar mehrheitliche Typ des Dienstleistungsangestellten (Schweiz: 53% aller Beschäftigten, plus die Weissbeischürzten in der Industrie selbst) ist selber auswechselbar, nicht an sein Werkzeug und an einen lebenslangen Fachberuf gebunden, sondern entwickelt bald als Bank-, dann als Handels-, bald als Touristikangestellter kein Bewusstsein von seiner möglichen Macht als Arbeitender.

Generell also ist die Spannung zwischen dem Erlebnis der Souveränität in seiner eigenen Arbeit und ihrer Negation durch den Führungsanspruch des Kapitals nicht

André Gorz: *Abschied vom Proletariat, Jenseits des Sozialismus*. Aus dem Französischen von Heinz Abosch. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt, 1980.

* Hier zitiert nach der französischen Ausgabe «Adieux au prolétariat», éditions galilée, Paris, 1980. Deutsch «*Abschied vom Proletariat*», EVA, 1980.

mehr bewusstseinschaffend, weil die Souveränität in der verketteten Arbeit schlicht fehlt. Daher kann es auch keine Klassenzugehörigkeit mehr geben. Es gibt auch die Verheissung der Befreiung in diesem komplex verhängten und vorprogrammierten Arbeitsprozess nicht mehr, nur die Befreiung von dieser Arbeit scheint möglich. Als handelndes Subjekt kann man sich nur noch in der Verweigerung gesellschaftlicher Arbeit erweisen. *Ein Proletariat als Klasse aber ist «fundamental nicht mehr fähig, handelndes Subjekt der Macht zu werden».*

Hinzu kommt, dass die Arbeit künstlich länger gehalten wird, als das gesellschaftliche Zeitbudget zur Reproduktion beträgt. Wenn aber eine Gesellschaft nutzlosen Luxus produziert, um zu arbeiten, und nicht arbeitet, um das gesellschaftlich Notwendige zu produzieren, dann ist die Arbeit auch unter diesem Aspekt bedeutungs- und sinnlos.

Macht = Akkumulationsstruktur

Wo aber ist das handelnde Subjekt der Macht in der modernen Erwerbsgesellschaft? Nirgends! sagt Gorz. «Alle modernen Machtstrukturen haben kein Subjekt», denn Macht ist nicht personell ausgeübte Herrschaft. Das war einmal, im Feudalismus, und als letztes Aufbäumen gegen den Trend, im Faschismus. Macht ist Struktur, ist ein bestimmtes Schnittmuster des Handelns unter den Menschen. Heute heisst dieses Verhaltensmuster: akkumulierte! Die Akkumulation, das heisst, die Vermehrung des gesellschaftlichen, produktiven Kapitalstocks ist oberstes Motiv, letzte Legitimation ge-

worden. Seit Jahrzehnten gehen die politischen Hahnenkämpfe aller Lager nur noch um den Wettbewerb zwischen Inhabern und Anwärtern zentraler Leitungsfunktionen mit dem Versprechen, diese Akkumulation besser bewerkstelligen zu können. Dieser Grundkonsens macht alle politischen Optionen nur zu technokratischen Anwendungsfragen. Aber auch alle wirtschaftlich-gesellschaftlichen Probleme kommen aus der Verwirklichung des Akkumulationsprinzips, muss man Gorz ergänzen:

1. Die immer weitergetriebene Arbeitsteilung (wie von Gorz einleitend analysiert).
2. Die Konzentration des wachsenden Kapitalstocks in weniger Händen.
3. Die Eingliederung immer weiterer Bereiche der «Hauswirtschaft» in die arbeitsteilige, vom Tausch regierte «Volkswirtschaft» (Freizeit, Gesundheit, Psyche, Wohnen) und
4. Die sinkende Produktivität der Umweltgüter (man muss anderthalb Einheiten Luft, Boden, Energie, Wasser, Ruhe aufwenden, um eine Einheit zusätzlicher Produktion zu erhalten).

Die bisherigen Erfolge der Arbeiterbewegung, Teile der Macht an sich zu bringen, sind nach Gorz unter dem alles prägenden Stempel der Akkumulation zu einer Blaupause des Grundschnittmusters des Kapitalwachstums geworden. So würden Betriebsräte und gewerkschaftliche Gremien im kapitalistischen Umfeld nie jene Souveränität gewinnen, um die Verkettungswänge, die Vorprogrammiertheit, die notwendige Einfügung in technische Prozesse selbst zu bestimmen. Die Versuche, auf der politischen Ebene die Macht zu ergreifen, scheiterten an der

gleichen Unmöglichkeit. Eine Lektüre von Jean Lacoutures faszinierender Biographie des französischen Volksfrontführers Léon Blum führt zu ähnlichen Schlüssen wie bei Gorz. Blums feine Unterscheidung, dass eine sozialistische Kabinettsbildung nur ein «Ausüben», nicht aber die «Eroberung» der Macht sei, erhält so ihre volle Bestätigung.

Das Ziel – welches Ziel?

Bevor Gorz zu seinen positiven Wegmarken für eine sozialistische Strategie übergeht, zerstört er ein weiteres linkes Tabu: die Geschichte der Menschen hat kein Ziel, es gibt keine prätabillierte Harmonie der materiellen Austauschhandlungen, welche eine jede Gesellschaft (in wechselnden Formen) ausmachen. Es gibt daher auch keine Überlegenheit eines demokratisch verhängten Plans über den Markt. Denn erstens sind für den einzelnen die Ergebnisse beider Regelungsvorgänge Durchschnittswerte, die ihm keinesfalls direkt entsprechen können, und einem Plan haftet immer die Notwendigkeit von Vermittlern, Vertretern, Delegierten an, die sich anheischig machen, die Interessen der einzelnen zu kennen, um sie dann in Durchschnittswerte zu giessen. Aber ein Plan tendiert überdies wie der ungebremste kapitalistische Markt auf die Sozialisierung, auf die gesellschaftliche Erschließung, auf die Vorprogrammierung der letzten Reste autonomer «Hauswirtschaft». Es resultiere eine volle Trivialisierung individuellen Verhaltens bis hin zur wissenschaftlichen Sexualtechnik. Jacques Attali, Mitterands Wirtschaftsberater, nennt diese geplante Gesell-

schaft eine «Selbstüberwachungs-Gesellschaft», mit gigantischem Über-Ich.

Im deutschen Sprachraum hat Hans-Magnus Enzensberger endzeitliche Erwartungshaltungen kritisiert, wonach sich unsere Theoretiker weigern, «gefesselt an die philosophischen Traditionen des deutschen Idealismus, bis heute zuzugeben, was jeder Passant längst verstanden hat: Dass es keinen Weltgeist gibt; dass wir die Gesetze der Geschichte nicht kennen; dass auch der Klassenkampf ein ‹naturwüchsiger› Prozess ist, den keine Avantgarde bewusst planen und leiten kann; dass die gesellschaftliche wie die natürliche Evolution kein Subjekt kennt und dass sie deshalb unvorhersehbar ist». Also keine Programme mehr? Keine Dialektik der Geschichte? Auch ohne die endzeitlich gesicherte Ziellaterne hat jede Gesellschaft jederzeit Grund, besser zu werden. Immer gibt es entrechtete Klassen, die sich gegen Herrschende durchsetzen müssen. Gorz wählt nur als Ansatzpunkt eben nicht einen endzeitlichen Inhalt.

Von Linken belächelte Freiheiten

Gorz fragt, was der einzelne zuallererst einmal nicht mehr will; er will alles weghaben, das seine konkrete Freiheit einengt. «Die Freiheit, welche die Bevölkerung überentwickelter Länder mehrheitlich gegen ‹Kollektivismus› und totalitäre Gefahr verteidigen will, ist die grundlegende Möglichkeit eines jeden, sich eine Nische zu bauen, wo sein persönliches Leben abseits jeden sozialen Druckes und jeder sozialen Verpflichtung von aussen bleibt. Diese Nische ist die Familie, das eigene Häuschen, der Gemü-

segarten, der Bastelraum, das Boot, eine Sammlung, der Sport (...).» Je schlimmer und unüberschaubarer die Arbeitswelt, je aggressiver, wettbewerbsintensiver und hierarchischer das Erwerbsleben, umso wichtiger werden die Nischen. Dank verbaler Versprechungen solcher Nischen gegen den «Kollektivismus» legitimieren sich die kapitalistischen Führungsschichten mit Mehrheitsentscheiden im Volk. Die Arbeiterbewegung dagegen, zumindest in ihrem dogmatischeren Teil, habe diesen Begriff der Nischen, der persönlichen Autonomie seit 100 Jahren veracht, unterdrückt, als kleinbürgerlich abgestempelt. Damit aber verpasste es die Linke, für ein Thema zu mobilisieren, ohne das sie sogar innerhalb der Arbeiterschaft, und erst recht innerhalb des Gesamtstaates, hoffnungslos minoritär blieb. Der Aufbruch des Sozialismus erfolgt heute nur, wenn er sich statt ausschliesslich um die Neuorganisation von Produktionsprozessen vermehrt um die Gestaltung und Wiederherstellung des austauschfreien, konkurrenz- und rentabilitätsfreien Raumes kümmert, um «Mitteilsamkeit, Schöpfung, Lebensfunktionen, körperliche, sinnliche und intellektuelle Abläufe kümmert, statt um Tauschwerke, um Gebrauchsware, kurz um ein Ganzes an Tun, das den Stoff des Lebens selbst darstellt». Nach-industrieller Sozialismus, Kommunismus, sagt Gorz.

Die nach-industrielle Linke

«Die erste Aufgabe einer nach-industriellen Linken muss die grösstmögliche Ausdehnung, in und vor allem ausserhalb der Familie, der autonomen Tätigkeiten sein, die ihren Zweck und Lohn in

sich selbst tragen, muss die Einschränkung auf ein Mindestmass aller Lohnarbeit und Tauschbeziehungen sein, die für Rechnung Dritter gemacht werden – und wäre dieser der Staat. (...) Mehr noch als von vermehrter Freizeit hängt die Ausdehnung des Freiraums von der Dichte konivialer Werkzeuge ab, zu denen die einzelnen freien Zugang haben müssen: Reparaturstellen und Eigenproduktionsgelegenheiten in den Blöcken, Quartieren oder Gemeinden, Bibliotheken, Musiksäle, Video, ‹wildes› Radio und Fernsehen, Freiräume schlechthin.» Gorz bezieht sich in diesem Zusammenhang auch auf Bahros «Alternative» sowie auf die «realistische Arbeitszeitutopie», «Travailler deux heures par jour» von Adret.

Bruch mit dem Kapitalismus

Er ist nicht ganz neu. Neu ist der Appell an die Linke, die Konsequenzen eines echt «grünen», anti-kapitalistischen Programms selbst zu ziehen. Denn «Bruch mit dem Kapitalismus» heisst in dieser Sicht Bruch mit Wachstumspriorität und Akkumulation, heisst Ausbruch aus den Zwängen grösstmöglicher Rentabilität. Der Sozialismus soll daher nicht allein nur eine Lehre um den Produktionsprozess sein, sei es auch in noch so neuen Formen. Dennoch denkt Gorz das strikt Notwendige in Sachen Wertschöpfung: er plädiert für einen «zweigeteilten, dualistischen gesellschaftlichen Raum». Die dank moderner Technik möglichen zentralisierten, rationalisierten Produktionen sollen die zum sinnvollen, einfachen Leben notwendigen Grundstoffe hervorbringen. Arbeitsteilung, Routine, unüberblick-

bare Verkettungen, die Diktatur und Hierarchie der Sachzwänge sollen dort akzeptiert werden. Dort ist keine Befreiung *in der Arbeit* möglich, keine Selbstverwaltung, die auf den Grund geht. Dafür soll die Befreiung von dieser Arbeit darin bestehen, dass man nur noch kürzeste Arbeitszeiten in diesem hochproduktiven, modernen Sektor (Johan Galtung sagte ähnliches) zubringen soll. Denn die Ausrüstung des Reiches der Freiheit und der Freizeit, der Selbstversorgung, kann nur in einem modernen Massenprozess so günstig hergestellt werden, dass es überhaupt Zeit gibt im Gesellschaftsbudget für Autonomie und Flucht aus Sachzwängen: Telefon, Video, Mikroprozessoren, Solarzellen, öffentliche Transportsysteme müssen billig verfügbar sein.

Die Frucht dieses hochproduktiven Wirtschaftssektors ist der zweite gesellschaftliche Bereich, der ausserhalb des Reiches der Notwendigkeit liegt. Austauschfrei, wettbewerbsfrei, ohne Rentabilitäts- und Akkumulationszwang, bietet er den Rahmen für individuelle Autonomie. Der nach-industrielle Sozialismus wird zu einer Bewegung um diese autonome Kultur und auf sie zu, und nicht zu einer mühsamen Abendschule für neue Produktionsprozesse unter alten Zwängen, wie ihn linke Theorie seit 100 Jahren zu oft darstellte.

Gorz berührt in seinem Buch unter anderem auch die Notwendigkeit eines zivilen Staates, der Konventionen so regelt, dass man sich dank Gesetzen, Währung und Rahmengebung reibungsloser bewegen kann – der Staat als Dienstfunktion am Individuum.

Vorschläge und Kritik zum Programm

Aus dem gerafft Zitierten heraus möchte ich nun Gorz thesenweise und ohne sein Wissen in die Diskussion um das

Selbstverwaltungskonzept der SPS einschalten:

1. «Bruch mit dem Kapitalismus» ist nicht eine andere Steuerungsweise der Produktion, sondern die Schaffung austausch- und akkumulationsfreier Räume zugunsten der autonomen, selbstzweckhaften Tätigkeit des einzelnen.

2. Dies ist nur möglich unter Heranziehung eines hochproduktiven Sektors, in welchem Zentralisierung und Komplexität die autonome Steuerung durch die Beschäftigten aus ihrem unmittelbaren Eigeninteresse heraus, also wirklich Selbstverwaltung, unrealisierbar machen. Damit ist das Versprechen «überschaubarer, dezentraler Wirtschaftseinheiten» (Programm S. 39, Punkt 1.2.3.) zumindest nicht verallgemeinerungsfähig. Ein SPS-Programm hat hier die zwei Sektoren zu benennen und auszuscheiden, etwa in der Art, wie es die französischen Sozialisten 1978 konkret machten. Konkret für die Schweiz: wird eine sozialistische Schweiz weiterhin forschungsintensive Pharmazeutika und Grossgeneratoren herstellen, ja oder nein, wenn ja, wie und wo.

3. Das gesellschaftliche Zeitbudget und jenes des einzelnen muss zu einem Teil auf den rationalisierten Sektor, und einem wachsenden Teil auf den Sektor der Eigenproduktion, besser, der Eigenarbeit, des Familien- und Quartierlebens verteilt werden. Dies muss man den Leuten ausmalen. Etwa in der Richtung des Basler Handbuchs für Gemeindepolitik (Z-Ver-

lag). Dabei würde ich nicht noch mehr «Zentren» und Hilfsstellen usw. versprechen, wo Spezialisten sich der Probleme einzelner annehmen. Viele linke Alternativ- und Aussteigerberufe treiben heute ja eigentlich nur die Tertiarisierung immer weiter, indem sie Psycho-Hilfe, Gesundheits- und Rechtsdienste in den Tausch einführen für weitere Schichten, und das Volk weiter und stärker in Spezialisten und Klienten spalten. Diesen Trend mit neuen Selbstverwaltungsunternehmen noch zu verstärken, führt weiter weg vom «Bruch mit dem Kapitalismus». Siehe Punkt 1!

4. Wenn wir bereit sind, die grundsätzliche «Zwecklosigkeit» (Inhaltsfreiheit) eines befreiten Daseins anzunehmen, dann müssen wir ein gesellschaftliches Organisationsmodell, einen Plan, den wir vorschlagen, von Anfang an mit kurzer Leine führen. Es darf nur wenig gesellschaftlicher Raum davon beschlagen werden. Wenn dagegen ein Konzept der Selbstverwaltung voraussetzt, dass jeder zur Wahrung seiner Rechte dauernd mobilisiert und interessiert sein muss, dann scheitert es. Diese Dauermobilisation bildet nämlich das Lebensinteresse nur weniger Leute. Die meisten wollen schlicht in Ruhe gelassen werden, wenn sie annehmen können, dass der Gesamtrahmen stimmt und sie im Bedarfsfall mitreden können.

5. Auch Selbstverwaltung beruht daher auf weitgehender Delegation von Kompetenzen – demokratisch und rotativ sicherlich. Aber dieser Umstand wird vom Programm nur verschämt zugegeben, und die Hinweise auf den demokratischen Charakter eines übergreifenden Rah-

menplanes sind inhaltlich nicht gefüllt. Man weiss nicht, wie das gehen soll. Warum werden künftig an Versammlungen Leithammel fehlen? Schüchterne sprechen? Wie soll mehr Gleichheit herrschen, wenn sogar die Funktion der Programmrevision und der Ausführungskontrolle einer Spezialisierungsgruppe übertragen wird und dem Fussvolk institutionell weggenommen ist? (S. 51). Hier kommen sie, die

Selbstverwaltungsspezialisten, vor denen jeder ehrfürchtig schweigt! Wo bleiben die Warnungen der modernen Gruppendynamik? Noch grundsätzlicher: welches ist das zugrundeliegende Menschenbild? Ich weigere mich, aufgrund einer künftig zu verändernden materiellen Struktur unserer Gesellschaft (Selbstverwaltungseinrichtungen usw.) anzunehmen, die Menschen würden schon in ihren Anlagen gleicher, selbstloser. Wir dürfen das Funktionieren unseres künftigen Programms nicht auf die Hypothese plötzlich nur ins Gute veränderter Haltung einer Mehrheit bauen. Die linke Theorie hat hier oft zu viel platten Materialismus und zuwenig die vormarxistische Warnung des «homo homini lupus» berücksichtigt. Wäre der Mensch von Grund auf gut und die Welt ohne Knappheit, brauchte er den Kampf um den Sozialismus nicht ... Und über verschiedenen eingestellte einzelne hinaus werden auch unter einem Selbstverwaltungssystem Oppositionsgruppen sein.

6. Aus meinem vierten Punkt heraus lehne ich die Grundlagenbemerkung auf S. 38 unter Punkt 1.1.6. strikt ab, wonach entgegen «bürgerlicher» Trennung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Selbstverwaltung die «Ein-

heit aller Lebensbereiche herstellen» muss. Ich will ein Gesellschaftssystem, das mir wann ich will und wo ich will Gelegenheit zur Mitsprache gibt, das mir aber zwischen-durch auch Ruhe erlaubt und Nischen ermöglicht. Es ist ein unabtretbarer Erfolg der «bürgerlichen» Revolutionen nach 1789, dass die Individuen einige aus ihrer Mitte wählen, die streng umschriebene Funktionen ausüben (staatliche, wirtschaftliche, andere), und da nur zusätzliche Rechte haben, soweit und solange dies ihrer Funktion dient. Dies ergibt die Chance von Machtverteilung, Durchmischung, verhindert Feudalismus und Stalinismus. Man kann und soll in einem Bereich oder einer Körperschaft Präsident, in allen anderen Fussvolk sein. Sind die Bereiche nicht getrennt, kumuliert sich Macht, verhärten sich Oligarchien.

7. Wenn das Programm die Selbstverwaltung als Prozess anbietet, muss es aber den einzuschlagenden Weg erst recht konkret zeigen. Der ganze Text erweckt ausschliesslich und entgegen diesem Bekenntnis den Eindruck der Schilderung eines Endzustandes, eines Ziel-Zustandes.

8. Die heute wichtigsten Zankäpfel unter dem Zeichen «hier Zentralisierung, dort Dezentralisierung» sind im Anhang des Programms gerade nicht ausgeführt: Sozialpolitik (AHV, II. Säule, zentrale Kassen: ja oder nein?), Jugend und Alter (Allgemeine Volksschule, Kleinschulen von Elterngruppen, ghettoartige Altersversorgung: ja oder nein?) Medien (Kabel, Satelliten, Zweiweg-TV, Privatradios: ja oder nein?), Außenwirtschaft (43% des Sozialproduktes werden im Handel mit dem Ausland er-

wirtschaftet – weiter so: ja oder nein?), Verkehr, Energie. Der Boden ist nur als soziales, nicht als ökologisches Verteilungsproblem behandelt. Der einzelne, dessen Stimme eine Partei beansprucht, will aber gerade auf all diesen Gebieten wissen, wie einerseits die zentripetalen Zwänge der Effizienz und wie andererseits sein autonomer Raum aussehen könnte.

9. Dies ist umso wichtiger für die Angehörigen der Mittel- und Kaderschichten, die das Programm «besonders» dringend gewinnen will (S. 43). Die ideologischen Konsequenzen dieses Werbe-Bekenntnisses sind überhaupt nicht erwogen worden. Diese tertiäre Mittelschicht ist heute der eigentliche Transmissionsriemen des Herrschaftssystems, mit allen kleinen Privilegien, die sich daraus ableiten – wie der Korporal im Militär: ohne grosse Eigenschaft, aber psychologisch auf der Seite der Hierarchie. Was sagt der Prokurist, was sagt diese an den Urnen de facto mehrheitliche Schicht zu ihrer Abschaffung durch Selbstverwaltung?

10. Es fehlt auch die konkrete Beschäftigung mit dem Machtproblem: Wie erreicht man in der Schweiz Mehrheitsverhältnisse? Rolle des Parlamentariums? Des Proportionalen? Der Koalitionsmöglichkeiten mit der Mitte? Direkt oder indirekt gewählter, dem Parlament verantwortlicher oder nicht verantwortlicher Bundesrat? Besondere Zwänge aus der plebisztären Demokratie (Referendum, Initiative)?

Lernen aus der Geschichte

Die Sozialdemokraten der Schweiz können sich zur Diskussion dieser Punkte (und anderer, weiterer Fragen!)

auf die Erfahrung an der Macht ihrer Schwesterparteien in Skandinavien, in der BRD, in Österreich und auf die interessanten Programme der macht-nahen französischen Sozialisten sowie auf die Volksfront 1936/1938 stützen. Ich glaube, dass diese vergleichende Geschichtsbe trachtung die These von An-

dré Gorz unterstreichen wird, wonach Macht in ihrer zentralen Ausprägung das Akkumulationsmodell ist, also ein struktureller Zwang ist. Demgegenüber ist der vorliegende Programmentwurf zu formal und voluntaristisch. Wir müssen in unserem kommenden Programm den Schweizern sagen, was sie materiell und

konkret erhalten, wie sie leben, wenn sie einen Teil der Akkumulationseffizienz gegen mehr Demokratie und Schicklichkeit tauschen. Wir müssen ihnen nicht nur die Demokratie beschreiben, mit der sie den Topf kochen und teilen, sondern auch was im Topf ist.

Hanspeter Kriesi

Wer gefährdet den Rechtsstaat?

An einer Tagung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich hielt der Soziologe Hanspeter Kriesi (er ist nicht Mitglied der SP) ein Referat über die Frage der Zukunft des Rechtsstaates und die gegenwärtige und zukünftige Rolle der Linken in diesem Staat. Seine Überlegungen baute der Autor auf acht Thesen auf, die es verdienen, einer breiteren Parteiöffentlichkeit bekanntgemacht zu werden.

Als Soziologe beschäftige ich mich seit einigen Jahren mit dem politischen System der Schweiz, als Staatsbürger habe ich in jüngster Zeit in Zürich entscheidende Erfahrungen mit diesem System gemacht. Ausgehend von meiner Arbeit als Soziologe und meinen Erfahrungen als Staatsbürger habe ich einige allgemeine Überlegungen zum Thema des Rechtsstaats in der Schweiz und seinen Gefährdungen angestellt. Mit diesen Überlegungen beschränke ich mich nicht auf die gegenwärtige Situation in Zürich, sondern versuche, diese in einem allgemeineren Zusammenhang zu sehen. Ich bediene mich bei diesen Überlegungen im folgenden der Form von Thesen, um meine Sichtweise der relevanten Zusammenhänge möglichst pointiert zum Ausdruck zu bringen. Auch wenn damit

komplexere Details dieser Zusammenhänge ausgespart bleiben müssen, so besteht der Wert von Thesen gerade darin, dass sie auf klare und einfache Weise die Grundzüge einer Argumentation aufzeigen können. Ich hoffe, mit diesen Thesen einen Beitrag zur Standortbestimmung der sozialdemokratischen Partei nicht nur in der konkreten Situation in Zürich, sondern im politischen System der Schweiz überhaupt leisten zu können.

*These 1:
Der heutige schweizerische Staat (das heisst also der heutige schweizerische Rechtsstaat) ist im wesentlichen ein bürgerlicher Staat.*

In meiner Arbeit über die politischen Entscheidungsstrukturen in der Schweiz auf Bun-

desebene konnte ich feststellen, dass die politische Linke in diesem Staat von völlig untergeordneter Bedeutung ist. Die wichtigsten Organisationen der Linken – Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei – und ihre Repräsentanten bilden eine kleine Minderheit im politischen System dieses Landes, mit sehr begrenztem Einfluss. Der innere Kreis der politischen Elite dieses Landes ist im wesentlichen ein bürgerlicher Kreis, in welchem die Linke sogar noch verglichen mit ihrem ohnehin relativ bescheidenen Wählerstimmenanteil unterrepräsentiert ist. Die Beteiligung und der konkrete Einfluss der linken Minderheit konzentrieren sich zudem auf sozialpolitische Fragen, während sie etwa in der Finanzpolitik und vor allem in der alles entscheidenden Wirtschaftspolitik sehr gering sind. Trotz ihrer Minderheitsposition ist die Linke aber *nicht isoliert* im System. Die Stellung vor allem der wichtigen Organisationen der Linken im schweizerischen Staat trägt vielmehr alle Anzeichen einer *formellen Kooptation* durch die bürgerliche Mehrheit: Das heisst, die wichtigsten Organisationen der Linken und ihre Vertreter wurden von der bürgerlichen Mehrheit in die Entscheidungsstrukturen des politischen Systems aufgenommen.